

**21.4531****Postulat Gysin Greta.  
Transparenz über Hate-Speech-Vorfälle  
auf Social Media****Postulat Gysin Greta.  
Transparence sur les cas de discours  
haineux dans les médias sociaux****Postulato Gysin Greta.  
Trasparenza sui casi di incitamento  
all'odio nei social media****CHRONOLOGIE**

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.22

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.22

**Gysin Greta (G, TI):** Col mio postulato chiedo che le principali piattaforme di social media, come Facebook, Instagram, Twitter e Youtube, facciano luce sul numero dei casi che violano le loro condizioni d'uso e che sono potenzialmente rilevanti in materia di diritto penale.

Avere queste informazioni è importante perché non si tratta di semplici violazioni dei termini d'uso, bensì di fenomeni criminali rilevanti per la nostra società. Stiamo parlando di reati e crimini che rappresentano un serio problema per le persone che li subiscono, ma che minacciano anche la nostra coesione sociale e che mettono in pericolo la nostra democrazia.

Sexuelle Belästigungen, Hate Speech, Fake News, Terrorismus, Extremismus und Pornografie gehören zum Alltag der grossen Social-Media-Plattformen. Verschiedene Indikatoren bestätigen, dass deren Verbreitung stetig und stark zunimmt. Die meisten Vorfälle werden zwar von den Plattformen früh

**AB 2022 N 650 / BO 2022 N 650**

erkannt, aber Einträge innert kurzer Zeit wieder gelöscht, ohne dass die strafrechtlich relevanten Vorfälle zu rechtlichen Konsequenzen innerhalb des realen Rechtsstaates führen würden. Doch auch wenn die Einträge gleich gelöscht werden und von den sozialen Medien verschwinden, hat digitale Gewalt ganz reale und fassbare Konsequenzen. Immer mehr Menschen wie auch der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Funktionieren der Demokratie leiden darunter.

Politik und Gesellschaft hinken dem Phänomen hinterher. Das muss sich so schnell wie möglich ändern. Genaue Informationen, die wir mit der Annahme des Postulates einholen könnten, wären wichtig, um digitale Gewalt endlich dezidiert und effizient zu bekämpfen, um die Gesetze wo nötig anzupassen, um den Opfern rechtzeitig Hilfe bieten zu können und um ausreichende Präventionsmaßnahmen zu organisieren.

Der Polizeilichen Kriminalstatistik 2021 ist zu entnehmen, dass im Jahr 2021 von der Polizei 30 351 Straftaten mit einer digitalen Komponente registriert wurden; das sind 24 Prozent mehr als im Vorjahr. Jede und jeder könnte Opfer von digitaler Gewalt werden, jedoch sind Frauen und Jugendliche besonders häufig betroffen. Im Bericht "Sexuelle Belästigungen in der Schweiz", der vor knapp zwei Wochen vom Bundesrat verabschiedet worden ist, und im Bericht des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann kann man lesen, dass die Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen durch Online-Belästigungen mit sexuellen Absichten in den letzten Jahren um 25 Prozent gestiegen ist und dass 44 Prozent der Jugendlichen schon einmal online von Leuten mit sexuellen Absichten kontaktiert worden sind. Noch 2014 sind es "nur" 19 Prozent gewesen. Fast die Hälfte aller Jugendlichen hat also online schon mindestens einmal sexuelle Belästigung erlebt. Dass dieses Postulat heute bekämpft wird, ist für mich wirklich unverständlich.

Il ritardo che abbiamo accumulato è già grave. Non lasciamo che la violenza digitale si acuisca ancora di più e prendiamo finalmente misure per contrastarla.



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sondersession Mai • Erste Sitzung • 09.05.22 • 14h30 • 21.4531  
Conseil national • Session spéciale mai • Première séance • 09.05.22 • 14h30 • 21.4531



È in questo senso che vi invito ad accogliere il mio postulato e a seguire così anche la raccomandazione del Consiglio federale.

**President** (Candinas Martin, emprim vicepresident): (*discurra sursilvan*) Il postulat vegg cumbattì da signur Tuena. Herr Tuena ist nicht im Saal. Ich gebe das Wort Frau Bundesrätin Sommaruga.

**Sommaruga** Simonetta, Bundesrätin: Das Postulat Gysin Greta möchte den Bundesrat beauftragen, von relevanten Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram, Twitter oder Youtube Zahlen über die Anzahl von Vorfällen zu verlangen, welche die Nutzungsbedingungen verletzen und potenziell strafrechtlich relevant sind. Zu dieser Art von Vorfällen gehören z. B. sexuelle Belästigung, Hassrede, Fake News, Terrorismus, Extremismus, Pornografie.

Sie haben es erwähnt, Frau Nationalrätin Gysin: Der Bundesrat hat im November 2021 einen Bericht meines Departementes betreffend Intermediäre und Kommunikationsplattformen zur Kenntnis genommen. Dieser Bericht benennt die Verbreitung von Hassrede auf Kommunikationsplattformen als ein zentrales Problem für die öffentliche Kommunikation in der Schweiz. Im Anschluss an diesen Bericht hat der Bundesrat mein Departement beauftragt, ein Aussprachepapier in Auftrag zu geben. Dieses Aussprachepapier wird auch das Anliegen des Postulates behandeln. Wir planen, das Aussprachepapier dem Bundesrat bis Ende dieses Jahres vorzulegen. Zudem erstellt mein Departement bis Mitte 2023 einen Bericht in Erfüllung des Postulates 21.3450 der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates zum Thema "Hassreden. Bestehen gesetzliche Lücken?". Im Rahmen dieses Berichtes werden die digitalen Intermediäre aufgefordert, das Ausmass und die Formen der Verstösse gegen ihre Nutzungsbedingungen in der Schweiz zu dokumentieren.

Wir werden heute noch andere Verstösse zu diesem wichtigen Thema diskutieren. Es ist wichtig, dass wir uns bewusst sind, dass die Europäische Union mit dem Digital Services Act auch daran ist, mittels Gesetzgebungsverfahrens tätig zu werden. Wir beobachten das sehr genau und werden sicher auch in der Schweiz entsprechende Vorgaben prüfen.

Ich möchte zu den Argumenten von Frau Nationalrätin Gysin noch Folgendes ergänzen, denn das ist bei diesem Thema wichtig. Hassrede, ob offline oder online, stellt eben nicht nur eine Form der Beleidigung des Individuums dar, sondern sie dient auch dazu, Personen von der rechtmässigen Teilnahme an der öffentlichen Debatte auszuschliessen. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Intermediäre – wie jetzt auch das Gesetzgebungsvorhaben des Digital Services Act in der EU – dienen dazu, die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer zu stärken und die freie Meinungsäusserung zu schützen. Das ist ein wichtiges Anliegen, eines, das sehr viele von uns teilen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, das Postulat Gysin Greta zu unterstützen.

**Präsidentin** (Kälin Irène, Präsidentin): Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

### Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.4531/24844)

Für Annahme des Postulates ... 106 Stimmen

Dagegen ... 77 Stimmen

(2 Enthaltungen)